
44/BI XXIV. GP

Eingebracht am 26.06.2012

Dieser Text ist elektronisch textinterpretiert. Abweichungen vom Original sind möglich.

Bürgerinitiative

Bürgerinitiative betreffend der weiteren Mitgliedschaft Österreichs bei EURATOM

Bürgerinitiative betreffend der weiteren Mitgliedschaft Österreichs bei EURATOM

Der Nationalrat wird ersucht, auf die Bundesregierung einzuwirken, eine Reform des EURATOM-Vertrags innerhalb der nächsten zwei Jahre zu erreichen und im Fall des Scheiterns der Reform, darauf zu drängen, dass der Ausstieg Österreichs aus dem EURATOM-Vertrag vorbereitet wird.

Begründung: Die Kampagne „Österreich – RAUS aus EURATOM“ – www.raus-aus-euratom.at verfolgt seit 2007 das Ziel eines Ausstiegs Österreichs aus dem EURATOM-Vertrag. Aus der Sicht von 98 unterstützenden Organisationen aus dem Antiatom-, Umwelt-, Ethik- und kirchlichen Umfeld ist es nicht vertretbar, dass mit österreichischen Steuergeldern die europäische Atomindustrie unterstützt wird.

Im Laufe der Kampagne haben sich alle neun Landtage kritisch mit der Mitgliedschaft Österreichs bei EURATOM auseinandergesetzt. Der Nationalrat hat sich bereits in 15 parlamentarischen Anträgen mit der Mitgliedschaft Österreichs bei EURATOM beschäftigt. 325 Gemeinden haben sich in Resolutionen an die Bundesregierung für einen Ausstieg Österreichs aus EURATOM ausgesprochen. Mit einem Volksbegehren wurde die Mitgliedschaft Österreichs bei EURATOM einer breiteren Öffentlichkeit vermittelt. Knapp 100.000 Österreicher_innen haben sich am Volksbegehren beteiligt.

Die Bundesregierung lehnte den Ausstieg aus EURATOM bisher u.a. mit der Begründung ab, man würde sich mit einem solchen Schritt des Mitspracherechts berauben und könnte die Atompolitik in Europa nicht mehr mitbestimmen.

Nach der Reaktorkatastrophe von Fukushima ist die Bundesregierung mit der Ansage angetreten, den EURATOM-Vertrag zum Atomausstiegsvertrag machen zu wollen und damit den europaweiten Atomausstieg voranzubringen.

Dieses Ziel eines europaweiten Atomausstiegs wird uneingeschränkt unterstützt!

Bürgerinitiative betreffend der weiteren Mitgliedschaft Österreichs bei EURATOM

Im Vertrag von Lissabon haben neben Österreich auch andere Länder (Deutschland, Schweden, Ungarn und Irland) festgehalten, dass der EURATOM-Vertrag nicht mehr zeitgemäß sei und einer Reform unterzogen werden soll. Ganz besonders in Anbetracht der tiefgreifenden Entwicklungen nach FUKUSHIMA erscheint es dringend angebracht, dieser Absichtserklärung nun auch konkrete Schritte in Richtung eines europaweiten Atomausstieg folgen zu lassen sowie ein zeitliches Ultimatum für die Umsetzung zu definieren. Auch erscheint es realistisch, weitere EU-Mitgliedstaaten gewinnen zu können, die sich ebenfalls dafür einsetzen, dass der EURATOM-Vertrag zu einem zeitgemäßen Atomausstiegsvertrag umgewandelt und somit dem Durchbruch für ein tragfähiges erneuerbares Energieversorgungssystem in Europa nicht länger die Basis entzogen wird.

Der Nationalrat soll auf die Bundesregierung einwirken, dass

- a.) eine umfassende EURATOM-Reformkonferenz innerhalb der nächsten zwei Jahre einberufen wird, in der über die Umwandlung des EURATOM-Vertrags von einem Atomfördervertrag hin zu einem Atomausstiegsvertrag verhandelt wird – dies soll auch durch eine Initiative im europäischen Parlament unterstützt werden,
- b.) im achten EURATOM-Forschungsprogramm (Laufzeit ab 2014) soll es keine Forschung an neuen Reaktortypen geben, sondern ausschließlich zu den Themen Sicherheit, Entsorgung, Gesundheit geforscht werden – für Forschungsmittel an neuen Reaktortypen (Generation IV, Brüter, etc.) wird es durch die österreichischen Vertreter_innen ein VETO geben,
- c.) die Bundesregierung setzt sich für eine Evaluierung des Projekts ITER (Kernfusion) auf europäischer Ebene ein
- d.) die Bundesregierung setzt sich dafür ein, dass keine EU-Mittel freigegeben werden für Sicherheitsnachrüstungen von Atomkraftwerken ohne verpflichtende Schließungsdaten und
- e.) die Bundesregierung beharrt darauf, dass der EURATOM-Kreditrahmen nicht erhöht wird.

Sollte der Bundesregierung die entscheidende Initiative für eine umfassende Reform von EURATOM in den nächsten zwei Jahren nicht gelingen oder weiter öffentliche Mittel für Atomkraft fließen und das EU-Rahmenforschungsprogramm dem europäischen Atomausstieg nicht dienlich sein, wird die Bundesregierung aufgerufen, den Ausstieg Österreichs aus EURATOM vorzubereiten.

Erstunterzeichner:

Name
ROLAND EGGER

Unterschrift